

Abg. Döhl hob hervor, dass der Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt zufrieden stellend sei. Der Kreis stelle hinsichtlich der niedrigen Umlage keine Belastung für die Gemeinden dar und auch die Personal- und Sozialausgaben hielten sich im Rahmen.

Abg. Pagels beantragte, den Bericht fachspezifisch aufzugliedern und diese Teile in den jeweiligen Fachausschüssen zu beraten. Des Weiteren beantragte er, dass überprüft werden solle, welche Empfehlungen der Gemeindeprüfungsanstalt von der Verwaltung umgesetzt worden seien, und dass dies dem Rechnungsprüfungsausschuss mitgeteilt werden solle.

Abg. Hartmann schloss sich dem Vorschlag, den Bericht in den Fachausschüssen zu beraten, an. Außerdem fragte er an, warum kein Mitarbeiter der Gemeindeprüfungsanstalt anwesend sei, um eventuell auftretende Verständnisfragen zu beantworten.

Abg. Döhl trug dagegen in Abänderung der Verwaltungsvorlage den Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion vor: „Der Rechnungsprüfungsausschuss empfiehlt dem Kreistag, die Bewertungen der Fachbereiche zu den einzelnen Empfehlungen der Gemeindeprüfungsanstalt zur Kenntnis zu nehmen.

Die Verwaltung wird aufgefordert, dem Rechnungsprüfungsausschuss über die Fortschritte bei der Umsetzung der Empfehlungen der Gemeindeprüfungsanstalt laufend Bericht zu erstatten.

Die Gemeindeprüfungsanstalt wird gebeten, nach erfolgter Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements im Rahmen der nächsten Prüfung die Umsetzung der Empfehlungen zu bewerten.“

Abg. Scharnhorst fragte nach, wo die Bewertungen, ob die Empfehlungen beachtet werden sollen, stattfinden sollen. Abg. Döhl antwortete, dass dies im Rechnungsprüfungsausschuss geschehen solle. Abg. Pagels gab zu bedenken, dass der Rechnungsprüfungsausschuss dann die Arbeit des Kreistages bzw. Kreisausschusses verrichte. Er wiederholte seinen Antrag und bat um Mitteilung, wann die nächste Prüfung der Gemeindeprüfungsanstalt anstehe. KVOR Dellbrügge erklärte, dass deren Prüfungen keinem festen Turnus unterlägen. Es könne sein, dass die nächste Prüfung in drei bis fünf Jahren stattfände. Ferner gab er zu bedenken, dass die Prüfungen zu bezahlen seien.

Abg. Hartmann betonte, dass die Empfehlungen zum Teil den vom Kreistag gefassten Grundsatzbeschlüssen entgegenstünden. Deshalb wiederholte er seine Auffassung, dass die Beratung der Empfehlungen in den Fachausschüssen notwendig sei. Er bemerkte, dass beim Landschaftsverband Rheinland jede Empfehlung im jeweiligen Fachausschuss diskutiert worden sei. Abg. Döhl erwiderte, dass im Kreistag beschlossene Vorgehensweisen in den Fachausschüssen nicht mehr diskutiert werden müssten. Abg. Müller wies darauf hin, dass der Rhein-Sieg-Kreis nicht an die Empfehlungen gebunden sei. Es könne durchaus Gründe geben, den Empfehlungen nicht zu folgen. Dies sei vor allem bei den freiwilligen Leistungen der Fall. Er sprach dann die Empfehlung an, dass der Rhein-Sieg-Kreis die Ursache für den hohen Stromverbrauch im Kreishaus überprüfen solle. Insoweit halte er die Aufklärung für wichtig, warum der Stromverbrauch drei Mal höher sei, als es für Häuser dieser Größenordnung üblich sei.

Abg. Hartmann führte nochmals an, den Bericht nach Fachbereichen aufgegliedert in die Fachausschüsse zu verweisen, damit jede Empfehlung dort beraten würde, wo das inhaltliche Wissen vorhanden sei. Abg. Pagels schlug sodann vor, dass der Rechnungsprüfungsausschuss dem Kreistag empfehlen solle, den Bericht in die Fachausschüsse zu verweisen. Die Vorsitzende erkundigte sich nach weiteren Wortmeldungen. Abg. Müller bezweifelte, dass dieser Antrag angenommen würde und hielt es für besser vor der Abstimmung noch weitere Fragen

zum Berichtsinhalt zu stellen. Nach weiterer Diskussion, an der sich die Abg. Hartmann, Pagels, Scharnhorst und Döhl beteiligten, wurden Anträge wie folgt gestellt:

Abg. Pagels beantragte, dass die Verwaltung aufgefordert werde, dem Rechnungsprüfungsausschuss über den Fortgang bei der Umsetzung der Empfehlungen der Gemeindeprüfungsanstalt regelmäßig Bericht zu erstatten.